Ressort: Politik

Steinbrück will überhöhte Dispozinsen gesetzlich stoppen

Berlin, 17.01.2013, 07:46 Uhr

GDN - SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück will mit einem Gesetz gegen überhöhte Zinsen für überzogene Girokonten vorgehen. Das berichtet die "Bild-Zeitung" (Donnerstagausgabe) unter Berufung auf ein internes SPD-Positionspapier.

Demnach fordert die SPD eine gesetzliche Regelung, nach der es "maximal einen Aufschlag von höchstens acht Prozentpunkten auf den Basiszinssatz der Bundesbank" geben darf. "Obwohl sich die Banken bei der Europäischen Zentralbank (EZB) derzeit für nur 0,75 Prozent so günstig Geld leihen können wie nie, verlangen sie bis zu 15 Prozent Zinsen für einen einfachen Überziehungskredit. Das ist Wucher", sagte Steinbrück der Zeitung. Der Basiszinssatz dient als Bezugsgröße für Zinsen und andere Leistungen in Rechtsvorschriften und wird jeweils zum 1. Januar und 1. Juli eines Jahres neu festgelegt. Der Basiszinssatz ist an den Leitzins der EZB gekoppelt. Er liegt aktuell mit minus 0,13 Prozent im negativen Bereich. Käme das geforderte Gesetz zur Anwendung, dürften Banken aktuell höchsten 7,87 Prozent für die Überziehung des Kontos verlangen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-5943/steinbrueck-will-ueberhoehte-dispozinsen-gesetzlich-stoppen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619